

## Statement zu Unfallzahlen des Statistischen Bundesamts

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den Unfallzahlen des Statistischen Bundesamts, erklärt Stefan Gelbhaar, Sprecher für städtische Mobilität und Radverkehr der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und Obmann im Verkehrsausschuss:

Der erneute Anstieg der Zahl der getöteten - und voraussichtlich auch schwer verletzten – Radfahrerinnen und Radfahrer im Straßenverkehr ist nicht akzeptabel. Verkehrsminister Andreas Scheuer muss endlich handeln, um diesen tödlichen Trend umzukehren.

- Die Reform der Straßenverkehrsordnung (StVO) ist überfällig - und darf nicht weiter immer nur angekündigt werden. Mit aufgenommen werden müssen Sicherheitszonen, so dass Städte unsichere LKW ohne Abbiegeassistenzsysteme aus Innenstadtbereichen mit viel Fuß- und Radverkehr verbannen können. Dies fehlt bislang völlig.

- Gleichzeitig muss der Verkehrsminister das De-Minimis-Förderprogramm, das im Haushalt 2019 über 250 Millionen Euro umfasst, für den laufenden Haushalt öffnen, um daraus den Einbau von LKW-Abbiegeassistenzsysteme zu bezahlen. Die 10 Millionen aus Scheuers Sonderprogramm für LKW-Abbiegeassistenzsysteme reichen hinten und vorne nicht aus.

- Kommunen muss es ermöglicht werden, selbst zu entscheiden, wo innerorts Tempo 30 gilt. 30 statt 50 km/h würde vielen Menschen das Leben retten. Schwere Unfälle wären weit weniger folgenreich. Scheuer ignoriert diese Tatsachen. Das ist ein großer blinder Fleck in seiner halbherzigen StVO-Reform.

- Zahlreiche Unfälle können verhindert werden, wenn auch Pkw künftig ihr Umfeld schützen müssen. Bislang gibt es fast ausschließlich Insassenschutz. Der Verkehrsminister muss Druck auf die Hersteller ausüben, um technische Umfeldsicherung zur Anwendung zu bringen. Entsprechende Systeme müssen zur Grundausstattung von Pkw gehören wie Gurt, Airbag und ABS.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
Gisela Stein